

Regierung kürzt bei Hartz IV

Hartz VI darf nicht „ins Blaue hinein“ geschätzt werden, es muss die Würde des Menschen sicherstellen, urteilten die Verfassungsrichter im Februar 2010.

Egal: Statt Ausgaben der unteren 20 % der Bevölkerung, hat Frau von der Leyen die Ausgaben der ärmsten 15 % zur Grundlage ihrer Berechnung gemacht. Eine Begründung dafür gibt sie nicht.

Zuviel der Menschenwürde?

535,33 Euro (ohne Miete und Heizung) geben die 15 % ärmsten Alleinstehenden monatlich zum Leben aus. Zuviel der Menschenwürde glaubt die Regierung und streicht rund 170 Euro, vgl.: „Böckler Impuls 16/2010“*: Haustiere, Garten- und Zimmerpflanzen, Cafe-, Restaurantbe-

suche, Prüfungsgebühren, Tabak, Gartengeräte, Alkohol, Chemische Reinigung, Versicherungen und den größten Teil der Mobilität. Dies und mehr hält Frau von der Leyen für verzichtbar – mal so „ins Schwarzgelbe hinein“ geschätzt.

Ob die verbleibenden 364 Euro für Erwachsene ausreichen, für gesunde Ernährung, für Treffen mit Familie und Freunden, hat

diese Regierung gar nicht erst geprüft.

Löchrig wie ein Schweizer Käse

Die Datenbasis für Kindersätze besteht aus Datenmüll, löchrig wie ein Schweizer Käse. Daten sind kaum vorhanden und lediglich geschätzt.

Die Verfassungsrichter haben die transparente und nachvollziehbare Neuberechnung verlangt. Sie ha-

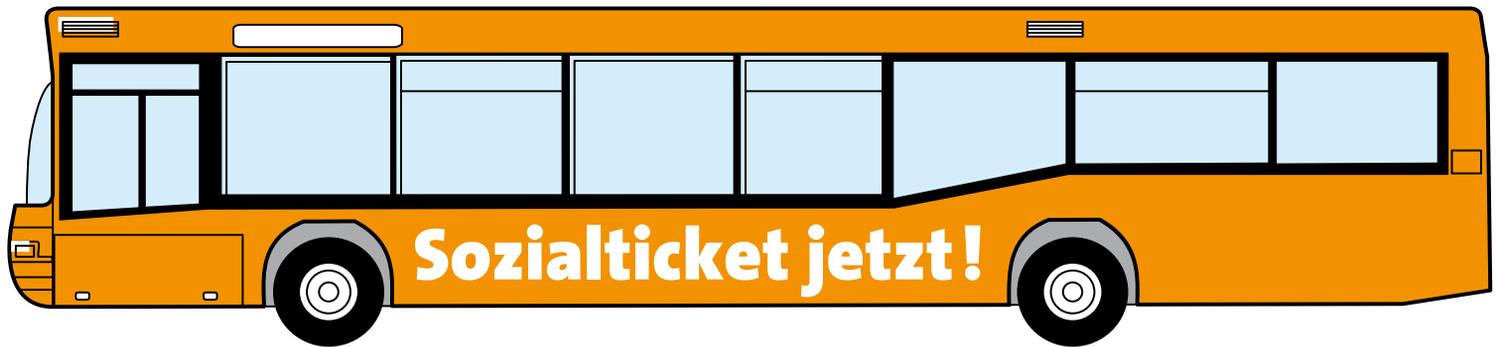
ben ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum formuliert, auf physische Existenz und „ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“.

Die Bundesregierung hat sich offenbar nicht von diesem Leitsatz, sondern von der Haushaltslage leiten lassen. Sie hat ein Grundrecht missachtet!

*www.boeckler.de/32014_109318.html



In Oldenburg haben über 3.000 Menschen am 10. Oktober 2010 einen um mindestens 80 Euro höheren Regelsatz Hartz IV gefordert und mit Kochtöpfen und Kochlöffeln das Motto bekräftigt: „Krach schlagen statt Kohldampf schieben“. DIE LINKE organisierte die Busfahrt aus Bielefeld.



Bündnis für ein Sozialticket in Bielefeld

„**Mobilität ist Menschenrecht!**“, sagte der Vertreter einer Organisation, die sich im Bündnis für ein Sozialticket in Bielefeld, initiiert durch DIE LINKE, seit dem Sommer regelmäßig in der Bürgerwache treffen. Ziel ist es, allen Menschen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in unserer Stadt zu ermöglichen. **Wir lassen nicht zu, dass die wachsende**

Zahl armer Menschen in Bielefeld weiter ausgedehnt wird! Auch wenn die Landesregierung NRW 30 Mill. Euro für die Unterstützung entsprechender Tickets in ihren Haushalt einstellen will und auch wenn der Sozial- und Gesundheitsausschuss Bielefeld seinen Betrieb moBiell beauftragt hat einen entsprechenden Vorschlag für Bielefeld zu erarbei-

ten, wird das Bündnis dies kritisch begleiten. **Wir bekommen nichts geschenkt!** Wir fordern ein Monats-ticket, das 24 Stunden nutzbar ist und dessen Preis den derzeitigen Satz für Mobilität im noch gültigen Hartz-IV-Regelsatz (15 Euro) nicht übersteigt. Der erhöhte Mobilitäts-satz im schöngerechneten Regelsatz der Bun-

desregierung ist für DIE LINKE nicht akzeptabel. Mit der Forderung nach einem Sozialticket für Bielefeld setzen wir ein deutliches Signal gegen die soziale Kälte in dieser Stadt. Das Bündnis für ein Sozialticket plant Informationsveranstaltungen und eine Kampagne zu diesem Thema. Wer mitmachen und in unseren Verteiler aufgenommen werden möchte, sollte sich unter der unten

angegebenen Anschrift bzw. E-Mail-Adresse melden.



Brigitte Stelze, Sprecherin DIE LINKE Bielefeld

Neuberechnung der Regelsätze Hartz IV

»Davon können wir noch nicht einmal richtig essen.«

Interview mit Simone A.*

D: Frau von der Leyen will Hartz IV im kommenden Jahr um 5 Euro erhöhen. Was halten Sie davon?
Simone A.: Das ist eine Unverschämtheit! Wir hatten auf mehr gehofft.

D: Frau Merkel betont, die Erhöhung sei angemessen und der Regelsatz von nunmehr 364 Euro reiche für ein menschenwürdiges Leben. Sehen Sie das genauso?

Simone A.: Davon können wir noch nicht einmal richtig essen. Mit einem menschenwürdigen Leben hat das schon mal gar nichts zu tun.

D: Bei der Neuberechnung der Regelsätze hat die Regierung die Kosten für Tabak und Alkohol entfallen lassen.

Simone A.: Von uns Dreien raucht keiner und Bier mögen wir auch nicht. Aber die Kürzung trifft alle. Offenbar ist Frau von der Leyen jedes Märchen recht, wenn sie damit den Regelsatz drücken kann.

D: Sie scheinen ja ziemlich erbost über die Hartz-IV-Regelung zu sein. Gibt es Möglichkeiten, sich gegen diese Politik zu wehren?

Simone A.: Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Der Protest muss sehr breit werden. Wie es gehen könnte, zeigen uns die Franzosen.

*Name der Redaktion bekannt



Simone A. mit Tochter Klara und Hund Schlappi

Bündnis für ein Sozialticket

c/o Bielefelder Sozialbüro e.V.
Oelmühlenstraße 57
33602 Bielefeld
sozialticket-bielefeld@gmx.de

Mitglieder im Bündnis für ein Sozialticket in Bielefeld

- AK – Asyl e.V.
- Bielefelder Sozialbüro e.V.
- Bielefelder Sozialforum
- DIDF Bielefeld
- Die Heilsarmee Bielefeld
- DIE LINKE Bielefeld
- Grüne Jugend Bielefeld
- IBZ-Friedenshaus e.V.
- Naturfreundejugend Tbw
- Linksjugend Bielefeld
- ver.di Erwerbslosengruppe

Eltern bringen der „Ampel-Koalition“ schwere Schlappe bei

Die fünf Grundschulen bleiben vorerst erhalten

Da las man vom Oberbürgermeister und seiner „Ampel-Koalition“ in der Zeitung den Plan, das Loch im Haushalt auch von Kindern stopfen zu lassen. SPD, GRÜNE und FDP wollten mit Schulschließungen 1,5 Millionen Euro „einsparen“, auch CDU und BfB fanden das vor dem Massenprotest richtig, also alle Fraktionen bis auf eine.

Zynischer Kommentar im Schulausschuss: „*Wer den Teich trocken legen will, darf nicht die Fische fragen*“.

Bielefelds erster Massenprotest gegen Kürzungen

Unverhofft wurden die Unterschriften der Eltern zur Protestwelle. Der Rotstiftanschlag gegen Kinder geriet zum Symbol für die antisoziale Politik in Bund, Land und Gemeinde. Deren Ursache ist bekannt: Wegen der binnen einer Woche ohne Gegenleistung vom Bundestag an Banken verschleuderten 480 Milliarden klaffen überall bodenlose Schuldenlöcher. Kleine Leute

sollen sie jetzt stopfen. **Gerecht geht anders.**

Viermal mehr Unterschriften als nötig

Die Wut über die einseitigen Lasten wächst und sucht nicht nur in Stuttgart ein Ventil. So gingen in kürzester Zeit nicht die in Bielefeld nötigen 10.064 gültigen Unterschriften für ein Bürgerbegehren ein, sondern mehr als das Vierfache davon. Aktionen wie der Sternmarsch mit 1.200

Teilnehmern zum Rathaus, das Anschlagen von 95 Bildungsthesen und die ersten 30.000 Unterschriften ließen die Lokalblätter umschwanken „*Weiter so wäre politisches Harakiri*“.

Der OB machte aus dem Urlaub per Konferenzschaltung die Schließung „vorerst“ rückgängig. Er lud zur ersten öffentlichen Diskussion am 27. Oktober 2010 in den größten Hörsaal der Uni ein. **Rechtzeitig geht anders.**

Nachträgliche Schönfärberei überzeugt nicht

Es wurde voll, aber Pit Clausen erhielt nur einmal tosenden Beifall – als er seine Schlappe eingestand. Seine Beschönigung, er habe nur „Bildungsgerechtigkeit“ gewollt, stieß auf Unglauben und Widerspruch. Die Schuld am Konflikt schob er auf „Sachzwänge“ von Demografie und Schulgesetz: „Ich bin davon überzeugt, dass wir Schulen→



24. September 2010:
1.200 Demonstranten beim Sternmarsch gegen
Grundschulschließungen auf dem Rathausplatz



95 Thesen zur Bildungspolitik wurden von Kindern an eine symbolische Rathaustür genagelt

schließen müssen“. Wegen der Gerechtigkeit müsse er kleinere Grundschulen auflösen und ihre Lehrer in große mit vielen Migrantenkindern stecken. **Ehrlich geht anders.**

In Wahrheit war im neuen Schulausschuss vorher von Schulentwicklung oder Bildung keine Rede gewesen. Es ging dem OB und seiner „Ampel“ darum, an Schulsanierung, Heizung, Grünpflege, Reinigung und Hausmeistern 1,5 Millionen Euro „einzusparen“ und hierzu drei Grundschulen stillzulegen. Das stand bereits auf der Kürzungsliste vom Januar. Und kaum tat

sich im August ein neues 30-Millionen-Loch auf, wollte die Ampel flugs statt dreier Schulen sechs dichtmachen.

Wegen falscher Zahlen musste die sechste von der Streichliste gestrichen werden. **Seriös geht anders.**

Gleichverteilung von Missständen = bildungsgerecht?

OB Clausen will zwecks „Bildungsgerechtigkeit“ Mängel wie zu wenige Lehrer, zu große Klassen, zu viele förderbedürftige Schüler mit Migrationshintergrund usw. gleichmäßig über Bielefeld

umverteilen. Der „demografische Bevölkerungsschwund“, meint Clausen, erzwingt Schulschließungen. Alle Schulen unter zwei Jahrgangsklassen mit mindestens je 24 Schülern seien nach geltendem Schulrecht dichtzumachen.

Ist das Peterchens Mondfahrt? Sogar nur 18 Schüler pro Klasse sind zulässig. Tatsächlich wachsen die Schülerzahlen in Bielefeld über die nächsten fünf Jahre. Alles Weitere ist Wahrsagerei, weil Folgejahrgänge noch nicht geboren sind. **Glaubwürdig geht anders.**

Dass es Schulen mit verschiedenen Klassenstär-

ken gibt, findet niemand gut. „Gerechtigkeit“ heißt aber nicht gleichmäßige Verbreitung von Missständen, sondern deren Beseitigung. Abhilfe schafft nicht Unterrichtstourismus von Lehrern oder Schülern, sondern Senken des Schlüssels von 24 auf 21 Kinder pro Lehrer. Ein Ansatz sind die 400 soeben neu geschaffenen Lehrerstellen. Auf die Stimmen der LINKEN im Düsseldorfer Landtag, das steht fest, kann die rot-grüne Minderheitsregierung auch bei solch bescheidenen Fortschritten zählen. Unsere vier Ratsmitglieder der LINKEN (von 66 in Bielefeld) aber

lehnen jede Schulschließung und auch alle Juristenklimmzüge gegen Bürgerprotest entschieden ab. **Ernstnehmen geht anders.**



Onur Ocak
Ratsmitglied
Mitglied im Schul- und Sportausschuss

Günter Seib

Jugend, Soziales, Gesundheit und Integration

Die Ampel-Koalition kürzt

Am 28. September 2010 hat die Ampel-Koalition im Sozial- und Gesundheitsausschuss die Leistungsverträge um ein bzw. drei Jahre verlängert.

Grüne, FDP und SPD haben ausgerechnet in den Bereichen Jugend, Soziales, Gesundheit und Integration tiefe Einschnitte vorgenommen. Leistungsträger wie Caritas, AWO, Aids-Hilfe und Selbsthilfegruppen sollen bis 2014 dieselbe Leistung wie bisher erbringen. Die Gelder dafür werden „eingefroren“ und es gibt noch nicht einmal einen Inflationsausgleich. Das

wird nicht funktionieren. Entweder müssen die Leistungsträger bei den Gehältern der Beschäftigten „sparen“ (Tarifverträge unterlaufen) oder wichtige Leistungen werden künftig eingeschränkt bzw. nicht mehr erbracht. DIE LINKE hat gegen diese Kürzungen auch in allen anderen Ausschüssen des Rates und den Bezirksvertretungen gestimmt.

DIE LINKE hat den außerparlamentarischen Protest gegen die geplanten Schließungen von sechs Grundschulen nach Kräften unterstützt. Im

Schul- und Sportausschuss, in den Bezirksvertretungen und im Rat hat sie konsequent gegen Anträge der Ampel-Koalition zu Grundschulschließungen argumentiert und gestimmt.

Mit zwei Sonderausgaben der Zeitung EINBLICKE wurde die Bielefelder Bevölkerung informiert. Presseerklärungen der Fraktion DIE LINKE zum Thema Grundschulschließungen und Kürzungen wurden von beiden Bielefelder Tageszeitungen weitestgehend ignoriert!

Hans-Dietmar Hölscher

Bodendeponie Johannisbachaue

Die Entscheidung über die geplante Vergrößerung der Bodendeponie an der Johannisbachaue steht in wenigen Tagen an. Die Verwaltung will die Bodenmenge auf 550.000 m³ erhöhen und die Laufzeit bis 2014/2015 ausweiten. Der Umweltausschuss der Stadt entscheidet am 4. November 2010 über das weitere Schicksal der Aue. DIE LINKE möchte ihre LeserInnen über den aktuellen Sachstand informieren. Inge Bernert sitzt für DIE LINKE in der Bezirksvertretung in Schildesche. Sie hat den Sprecher der Bürgerinitiative Brake-Grafenheide & Johannisbachaue, Herrn Prester, dazu befragt.

I. Bernert: Herr Prester, was dachten Sie, als Sie

erfahren, dass die Stadt die Bodendeponiemenge verdreifachen und die Laufzeit bis 2014/2015 verlängern will?

H. Prester: Mein erster Gedanke war: Das ist eine Unverschämtheit! Wir hatten 2007 einen Kompromiss gefunden und einstimmig im USTA beschlossen, mit dem alle Beteiligten leben konnten. Nun gilt das alles nicht mehr. Wissen Sie, das Ansinnen kommt aus der Verwaltung. Sie geht an den Wünschen der BürgerInnen vorbei. Aber am Ende treffen die PolitikerInnen die Entscheidung. Und das ist eigentlich beruhigend für mich, obwohl der Politik oft der Mut fehlt gegen die Verwaltung zu stimmen, weil die Verwaltung die Fachleute beschäftigt,



die eigentlich die Fachkenntnisse haben müssten.

I. Bernert: Worüber haben Sie sich am meisten geärgert?

H. Prester: Am meisten habe ich mich darüber

geärgert, dass die Verwaltung trotz anderslautender Zusagen über den Kopf der Bürgerinitiative hinweg den weiteren Ausbau der Bodendeponie ohne Ratsbeschluss betreibt. Der Betrieb findet seit 3 Monaten mit Privatbetreibern bereits statt. Privat unmöglich!

soll 160.000–200.000 m³ nicht überschreiten. Weiterer Boden kann auf die freie, danebenliegende Fläche unterhalb des Bahndamms Richtung Viadukt. Außerdem muss ein Rekultivierungsplan aus Nordost-Sicht vorgelegt werden.

I. Bernert: Die Linke hat Ihre ursprüngliche Forderung durch die Verteilung von 4.000 Flugblättern in Schildesche und Brake und mehrere Info-Stände nachdrücklich unterstützt und sich damit gegen die Erweiterung der Deponie gestellt. Welche Möglichkeiten des außerparlamentarischen Widerstandes, um den Druck auf die Verwaltung bzw. auf die Politik zu erhöhen, sehen Sie aktuell noch?

H. Prester: Sollte die Politik auch unserem Kompromissvorschlag nicht folgen, denken wir über ein Bürgerbegehren nach. Wir müssten dann 10.000 Unterschriften sammeln. DIE LINKE sollte dabei sein.

I. Bernert: Vielen Dank für das Gespräch!

Zwischenruf:

VERSPROCHEN ist versprochen - und wird nicht gebrochen?

Wer kennt ihn nicht, den Spruch aus Kindertagen. Mir scheint, die Verwaltung hat ihn vergessen, wenn es um die Bodendeponie Johannisbachaue geht. Schließlich wurde 2007 zwischen der Bürgerinitiative, den Bezirksvertretungen Schildesche, Heepen und der Stadt vereinbart, dass der abgepumpte Schlamm auf diesem Gelände abgelagert, getrocknet wird und zusätzlich bis Ende 2012 max. 200.000 m³ Bodenaushub dazukommen darf. Mehr nicht! Keine 3 Jahre später will die Stadt sowohl die Menge, als auch die Laufzeit erheblich ausweiten.

Am 4. November 2010 hatte der Umweltausschuss das letzte Wort in dieser Sache. Die Ampel-Koalition (SPD, Grüne, FDP) hat sich durchgesetzt und dem Wunsch der Stadt im Wesentlichen entsprochen. Jetzt kann bis zu 550.000 m³ Bodenaushub in die Aue gekippt werden. Nur der Zeitraum wurde verkürzt. Ende 2012 soll Schluss sein.

Versprochen ist versprochen und wird doch gebrochen!

Die beschlossene Ausweitung geht vor allem zu Lasten der Anwohner der Westfeldstraße/Talbrückenstraße/Engersche Straße, weil sie mit einem unzumutbar hohen

Verkehrsaufkommen belastet werden. Der Lärmpegel, der Abgasausstoß, die Schmutz- und Staubbelastung wird sich spürbar erhöhen. Ich bleibe dabei: In ein Naherholungsgebiet im Landschaftsschutzgebiet gehört keine Bodendeponie!



Inge Bernert

für DIE LINKE in der Bezirksvertretung Schildesche

Wenn sich in der Stadt nix regt, wird sich im Rathaus nix ändern!



Sternmarsch auf's Rathaus, 24. September 2010

Die Ampel-Koalition zieht ihre Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen (= Kürzungs-

zungsorgie) mit der Mehrheit von 35 der 66 Ratsmitgliedern im Stil von

Basta-Politik durch. Das Bürgerbegehren zu den geplanten Grundschie-

Bungen wurde auf der Ratssitzung am 4. November abgelehnt und 40.000 Unterschriften von der Ampel-Koalition vom Tisch gefegt. Flankiert wird die Kürzungsorgie durch die Inszenierung eines „Bielefeld-Paktes“, bei dem DIE LINKE nicht mitmacht.

Was tun gegen diese Basta-Politik?

Bei allen Kürzungen zu Lasten der BürgerInnen muss außerparlamentarischer Protest entwickelt und ins Rathaus getragen werden.

Die vielfältigen phantasiereichen Aktionen und 40.000 Unterschriften unter ein Bürgerbegehren gegen die Grundschießungen lassen hoffen. Ein Hauch von Stuttgart 21 weht durch unsere Stadt.

Es ist auch nicht verboten, Rats-, Bezirksvertretungs- und Ausschussmitglieder

anzurufen, um persönlich gegen Kürzungen zu protestieren.

Infostände durchführen, vors Rathaus ziehen, Leserbriefe an die Presse schreiben sind weitere Möglichkeiten des Protests.

Vor allen Dingen: Die Ratsmitglieder nicht allein lassen, wenn sie die Kürzungen beschließen wollen.

Die Ratssitzung, auf der der Haushalt beschlossen wird, findet am 25. November um 17.00 Uhr statt. Sie sollte nicht ohne „lautstarke Bürgerbeteiligung“ stattfinden!



Barbara Schmidt
Fraktionsvorsitzende

Sprechzeiten der Ratsfraktion DIE LINKE Altes Rathaus · Erdgeschoss · 33597 Bielefeld

Montag - Donnerstag: 10.00-16.00 Uhr

Freitag: 10.00-14.00 Uhr

Telefon: (0521) 515080 · Telefax: (0521) 518110

E-Mail: die.linke@bielefeld.de · Internet: www.dielinke-bielefeld.de

Profitinteressen dürfen keinen Vorrang vor Naturschutz haben

Rettet den Strothbach

Bereits vor über einem Jahr wurden Pläne des Unternehmens Wahl & Co. bekannt, ein im Besitz der Stadt Bielefeld befindliches Waldstück unmittelbar östlich des Strothbachs in Bielefeld-Sennestadt zu kaufen und als Gewerbefläche zu nutzen. Allerdings handelt es sich bei diesem Waldstück um ein im Landschaftsplan Senne rechtskräftig festgesetztes Naturschutzgebiet. Die Stadt Bielefeld hat allerdings „versäumt“, dies bauplanungsrechtlich abzusichern. Ein in Auftrag gegebenes Gutachten soll nunmehr Klarheit über den ökologischen Stellenwert des Waldstücks schaffen. Eine entsprechende Anfrage in der

Bezirksvertretung Sennestadt seitens des Vertreters der LINKE, wann mit der Veröffentlichung des Gutachtens gerechnet werden könne, konnte nicht eindeutig beantwortet werden. Es besteht zu befürchten, dass hier hinter dem Rücken der BürgerInnen und der Politik Fakten von der Verwaltung geschaffen werden. DIE LINKE setzt sich zusammen mit Umweltverbänden konsequent für einen Erhalt des Waldstücks am Strothbach ein. Die Profitinteressen von Unternehmen dürfen keinen Vorrang vor dem Naturschutz haben.

Ralf Formanski

BZV-Vertreter DIE LINKE in Sennestadt

Musik- und Kunstschule

Schlechte Arbeitsverträge: Qualität sinkt

Der Oberbürgermeister beteuert manchmal Großes, etwa, dass er bei der Bildung nicht kürzen will. Auf Vorschlag der Verwaltung beschloss nun der Rat eine Dringlichkeitsliste von weiteren Kürzungsmaßnahmen: So werden beim Projekt „Jedem Kind sein Instrument“, mit dem allen Kindern der Zugang zum Lernen eines Instruments verschafft werden soll, die Mittel für die nötigen Instrumente für 2011 gestrichen. Man darf wohl nicht jedes Versprechen ernst nehmen. Die letzten Beschlüsse des Kulturausschusses lassen ebenfalls tief blicken: Neben den bürgerlichen Parteien stimmten auch SPD und Grüne für schlechtere

Arbeitsverhältnisse an der Musik- und Kunstschule. Dort werden 4,8 feste Stellen gestrichen. Der Unterricht wird künftig von „Honorarkräften“ mit Stundenverträgen erteilt. Diese erhalten meistens weder Geld bei Krankheit noch Sozialversicherungsanteile.

Die SPD-Generalsekretärin tönt, es müsse die Ausweitung prekärer Beschäftigung gestoppt werden (SPD-Homepage). Die Realität wird weiter von der Agenda-2010-SPD geprägt.

Florian Straetmanns

sachkundiger Bürger im Kulturausschuss

Eine Kampfansage an alle gesetzlich Versicherten

Zentrales Thema der Herbstproteste gegen das Sparpaket ist die Gesundheitspolitik.

Für die Unternehmer steigt der Beitrag von 7 % auf 7,3 %, für ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen von 7,3 % auf 8,2 % des Brutto-Einkommens. Hinzu kommen die Praxisgebühr, Ausgaben für Medikamente, Heil- und Hilfsmittel, sowie die Zusatzbeiträge der Krankenkassen. In Zukunft dürfen gesetzliche Krankenkassen diese frei festlegen. Durch den „Solidarausgleich“ werden gerade Geringverdiener zu Bittstellern degradiert.

Ein solidarisches Gesundheitswesen gibt es schon lange nicht mehr. Rot-Grün hat die paritätische Finanzierung abgeschafft. Seitdem zahlen die Beschäftigten 0,9 %

mehr als die Arbeitgeber. Die große Koalition hat den Zusatzbeitrag durch die Krankenkassen eingeführt. Einige Millionen

traktiver gemacht, in die privaten Krankenkassen abzuwandern. Die finanziellen Schwierigkeiten, die das für die gesetzlichen

„Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen. Doch ein Blick in die Statistik zeigt, dass der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt seit Jahren etwa konstant bleibt. Nicht die Ausgabenseite, sondern die Einnahmenseite hat sich seit Jahren verändert. Die seit Jahren sinkenden Löhne und prekäre Einkommensverhältnisse senken auch die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherungen. Im Jahr 2011 wird ein Defizit von bis zu 11 Milliarden Euro erwartet. Krankenhäusern, Ärzten und Krankenkassen sollen deshalb zukünftig nicht mehr Geld ausgeben als bisher.

Die Erfahrung des Kasperletheaters Gesundheitsreform zeigt, dass die Bundesregierung auf alle Proteste von Lobbygrup-

pen, wie Ärzten, Privaten Krankenkassen und Apothekern mit Änderungen der Reform reagiert. Wir sollten ihnen mit Protest deutlich machen, dass auch wir gesetzlich Versicherten eine Lobby haben



Beitragszahler weigern sich diesen Betrag zu zahlen. Ein klares Mißtrauensvotum gegen die Regierung. Doch Rösler macht unbeirrt weiter. Für Besserverdienende wird es einfacher und at-

Kassen hat, sind politisch gewollt.

Nicht die Ausgaben sind das Problem, sondern fehlende Einnahmen der Sozialkassen

Weit verbreitet ist noch immer die These der



Inge Höger

Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Herford, stellvertretendes Mitglied im Gesundheitsausschuss.



ver.di-Gewerkschafter und DIE LINKE schicken Sparpaket zurück

„Unser Herz schlägt links.“ Das war der Kommentar eines älteren Ehepaars zur Protestaktion der Gewerkschaft ver.di am 30. Oktober 2010 auf dem Jahnplatz. Rente mit 67, Kopfpauschale im Gesundheitswesen, Kürzung des Elterngeldes, immer mehr

Lohndumping und Leiharbeit. Kaum einer in diesem Land will das. Ver.di hat deshalb die Annahme des Sparpaketes verweigert und der Bundesregierung zurückgeschickt!

Heinz Willemsen

Atomkraft auch in Bielefeld stoppen

Zu Recht empören sich die Menschen über die Lobbypolitik zu Gunsten der Atomkonzerne. Der nächtliche Atomdeal der Bundesregierung bringt den Energiekonzernen Milliarden Gewinne, während die Folgekosten der Allgemeinheit aufgebürdet werden. Hunderttausende demonstrierten im Wendland und an der Castor-Strecke.

Die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke verschärft die ungelösten Entsorgungsprobleme, vergrößert die Gefahr eines Supergaus in den maroden Atomkraftwerken und verhindert den Ausbau der regenerativen Energien. SPD und Grüne treten im Bundestag gegen die Laufzeitverlängerung ein. In Bielefeld sieht das aber anders aus.

In Bielefeld heißt es in der Koalitionsvereinbarung von SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN und FDP über die Zukunft der Stadtwerke Bielefeld: „Grohnde soll bis 2018, bzw. bei Laufzeitverlängerung durch Änderung der Beschlusslage, bis zum Laufzeitende genutzt werden.“ Das heißt, dass die Stadtwerke Bielefeld von der Ampelkoalition

aus „grünes Licht“ für eine Weiternutzung der Atomenergie aus Grohnde auch über 2018 hinaus bekommen haben, noch ehe die Bundesregierung eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke beschlossen hat! Die Stadtwerke Bielefeld sind mit 16,7 % am AKW Grohnde beteiligt.

DIE LINKE Bielefeld unterstützt das Bürgerbegehren „Bielefeld steigt aus“, in dem gefordert wird, dass die Stadtwerke Bielefeld ihre Anteile am AKW Grohnde verkaufen und ab Mitte 2018 auf jede Nutzung von Atomstrom verzichten. Das frei gewordene Geld soll in erneuerbare Energien investiert werden. Andere Stadtwerke haben den Umstieg auf 100 % erneuerbare Energien schon

vollzogen. In Bielefeld sieht das leider anders aus. Wir rufen auf, das Bürgerbegehren zu unterzeichnen und Proteste gegen die Atomkraft zu unterstützen. Infos unter: www.bielefeld-steigt-aus.de



Carsten Strauch
Kreissprecher
DIE LINKE Bielefeld

Streiflicht

In der Berichterstattung der Neuen Westfälischen (57,5% gehört der SPD) kommt DIE LINKE Bielefeld, wenn überhaupt, nur am Rande vor. Wie glücklich waren wir, als tatsächlich abgedruckt wurde, dass wir Busplätze zu einer Anti-Hartz-IV-Demonstration in Oldenburg am

10. Oktober 2010 anboten. „**Kritik an Hartz-IV-Beschluss, Linke demonstriert in Oldenburg**“ war im Lokalteil nicht zu übersehen. Der Erscheinungstermin (14. Oktober 2010!) war auch „gut gewählt“: 4 Tage **nach** der Demonstration in Oldenburg! Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Florian Straetmanns

Bethel behindert Gewerkschaftsarbeit

Mit mehr als 8.500 Mitarbeitern in Bielefeld ist der Sozial- und Gesundheitskonzern Bethel Bielefelds größter Arbeitgeber. Was die gewerkschaftlichen Rechte der Beschäftigten betrifft, verhält sich das diakonische Unternehmen aber wie ein kapitalistischer Kleinbetrieb aus dem 19. Jahrhundert. Ordentliche Tarifverträge, abgeschlossen mit der

Gewerkschaft ver.di, will man nicht. Im März dieses Jahres wurde gar das Bielefelder Arbeitsgericht angerufen, um das vom Grundgesetz garantierte Streikrecht für Diakonien-Beschäftigte verbieten zu lassen. In der Behinderthilfe ging man jetzt noch einen Schritt weiter. Informationen der Gewerkschaft dürfen jetzt nur nach persönlicher

Genehmigung durch die Leitung an den Schwarzen Brettern aufgehängt werden. Die Angst vor der Kraft der Argumente muss in den Leitungsetagen dann doch wohl enorm sein. Dumm nur, dass das geltende Recht widerspricht.

Heinz Willemsen

TERMINE

November bis Januar 2011

- 22. Nov | 20.00 Uhr
Bezirksgruppe Schildesche
Gasthaus Möpken, Im Stift 5
- 24. Nov | 19.30 Uhr
Mitgliederversammlung
Bürgerwache, Rolandstr. 16
- 26. Nov | 16-18 Uhr
Frauenplenum
Parteibüro August-Bebel-Str. 126
- 01. Dez | 18.00 Uhr
Stadtteilgruppe Heepen
Bürgercafe im FZZ Baumheide
Rabenhof 76
- 05. Dez | 11-13 Uhr
Offenes Sonntagstreffen
Parteibüro August-Bebel-Str. 126
- 15. Dez | 18-21 Uhr
Regionalveranstaltung OWL zur Diskussion des Parteiprogramms
Themenbereich „Wirtschaftsdemokratie“
im „Bunten Haus“, ver.di-Bildungsstätte
- 09. Jan | 11-13 Uhr
Offenes Sonntagstreffen
Parteibüro August-Bebel-Str. 126